

Katholische Kirche räumt mit Mythen auf

Die römisch-katholische Landeskirche Luzern verzeichnet jährlich Tausende Austritte. Eine neue Kampagne soll Gegensteuer geben.

Alexander von Däniken

Mitglied sein ist out. Das gilt heutzutage für viele Vereine, aber auch für die Kirche. Seit Jahren muss die römisch-katholische Landeskirche Luzern eine steigende Tendenz an Austritten registrieren. Letztes Jahr waren es 3768. Nur gerade 64 sind in dieser Zeit beigetreten. Kein Wunder, wird auch der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung kleiner, obwohl diese wächst. Gerade einmal 57 Prozent der Luzernerinnen und Luzerner waren letztes Jahr römisch-katholischer Konfession; und das in einem traditionell katholischen Kanton.

Die Gründe des Mitgliederschwunds sind unklar. Bei einem Austritt muss nicht ange-

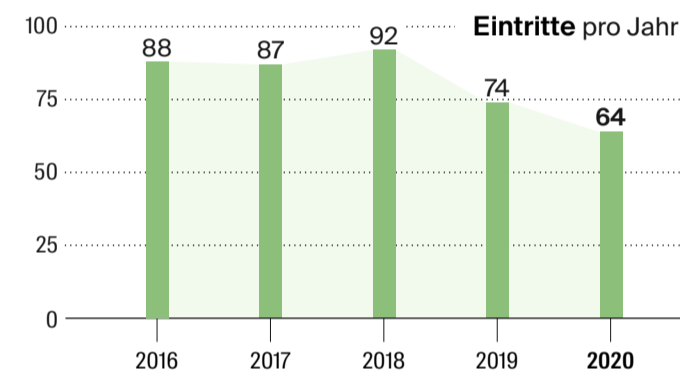
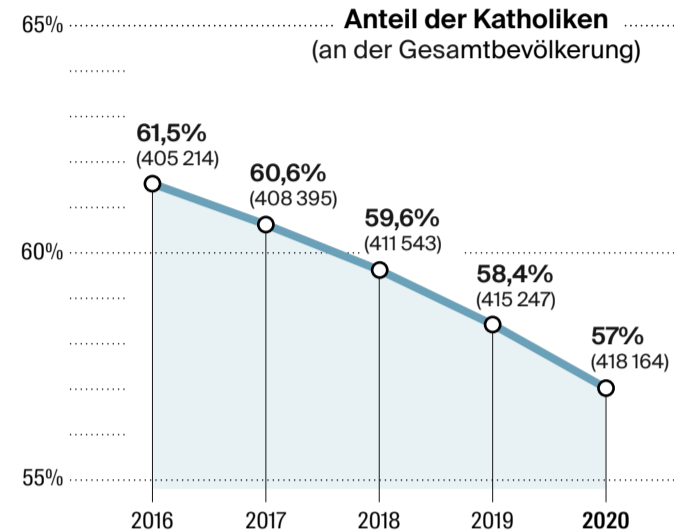
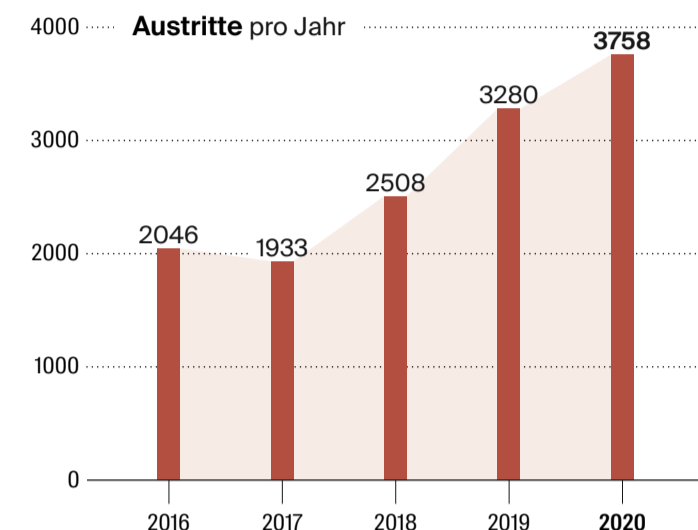
geben werden, welche Motive dahinterstehen. Hinweise gibt es aber trotzdem, sagt Sandra Huber. Sie ist Mitglied des neunköpfigen Luzerner Synodalrats, also der Exekutive der römisch-katholischen Landeskirche, und zuständig für kirchliche Jugendarbeit und Kommunikation. «Auffallend ist, dass wir dann am meisten Austritte verzeichnen, wenn im Frühling die Steuererklärungen verschickt und Ende Jahr die Steuerrechnungen bezahlt werden.» Einen Zusammenhang mit den Kirchensteuern gebe es auch bei einem Vergleich mit Kantonen wie Genf, Waadt und Neuchâtel, wo keine Kirchensteuer erhoben werde und die Mitgliederzahlen stabil seien.

93 Prozent der Steuergelder bleiben vor Ort

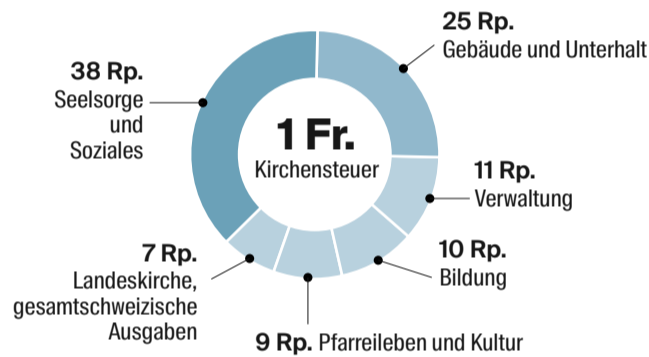
Die steigende Anzahl Kirchenaustritte drücke auf die Einnahmen und gefährde so mittelfristig manches kirchliche Angebot, sagt Huber. «Deshalb wollen wir besser vermitteln, wofür die Kirchensteuer eingesetzt wird.» Hier gebe es nämlich eine Reihe von Missverständnissen. So fliesse kein Rappen nach Rom. Mit 38 Prozent der grösste Teil komme der Seelsorge und sozialen Projekten vor Ort zugute. Es folgen der Unterhalt für die Kirchen und anderen Gebäude vor Ort, Bildungsprojekte oder das Pfarreileben. Kurzum würden 93 Prozent der Kirchensteuern in der eigenen Kirchgemeinde eingesetzt. Der Rest geht an die Landeskirche und bleibe in der Schweiz.

Um die Verwendung der Kirchensteuern transparent aufzuzeigen, hat die Landeskirche jetzt die Website www.kirchensteuern-sei-dank.ch aufgeschaltet. Sandra Huber hat die entsprechende Projektgruppe

So steht es um die römisch-katholische Kirche im Kanton Luzern



Verwendung eines Kirchensteuerfrankens



Quelle: Katholische Landeskirche Kanton Luzern / Grafik: Oliver Marx

«Wir wollen besser vermitteln, wofür die Kirchensteuer eingesetzt wird.»



Sandra Huber
Luzerner Synodalrätin

geleitet. Dabei liess sich der Synodalrat vor rund 1,5 Jahren von der römisch-katholischen Landeskirche St.Gallen inspirieren. «Auf der Seite ist gut ersichtlich, wie wichtig die Kirchensteuern für die Gesellschaft vor Ort sind», sagt Huber. Das Geld komme zum Beispiel der Caritas zugute, aber auch der örtlichen Jungwacht- oder Blauringschar, Mittagstischen, der Bildung

und Kultur oder Menschen in der Not. «Kirche ist viel mehr als die Gottesdienste am Sonntag», sagt Huber.

Argumente gegen einen Austritt

Mit der Website will die Luzerner Landeskirche primär zwei Ziele erreichen: Mitgliedern, die einen Austritt wegen der Steuern in Erwägung ziehen, Gegenargumente liefern. Und Mitglie-

dem, die sich mit der Institution nicht mehr so verbunden fühlen, aufzeigen, was sie an ihrem Wohnort alles ermöglichen. «Und wer weiss, vielleicht treten die einen oder anderen auch wieder ein», sagt Sandra Huber. Dieser Schritt sei so einfach wie der Austritt. Grundsätzlich reicht ein Brief, E-Mail oder Telefon an die Pfarrei des Wohnorts. Mehr dazu gibt es auf www.kircheneintritt.ch.

Generell wolle man mehr darüber reden, dass die Kirche einen Mehrwert biete, so Huber. «Wer Bescheid weiss, sieht auch die Folgen sinkender Kirchensteuer-Einnahmen.» Natürlich sei es schwierig, einem allgemeinen Trend entgegenzuwirken. Doch einen Versuch sei es allemal wert. «Wir sind schliesslich von unseren Leistungen überzeugt und wollen Transparenz schaffen.»

Wer sein Haus klimaschonend saniert, soll bei Steuern profitieren

Um die Klimaziele zu erreichen, erhöhen Kantonsräte aus fünf Parteien den Druck. Sie finden: Es geht nur über das Portemonnaie.

Im Luzerner Steuerbuch ist detailliert geregelt, welche Unterhaltskosten bei Liegenschaften in welchem Umfang von den Steuern abgezogen werden können. Dazu gehört etwa der Ersatz einer Ölheizung, der bei den Kantons- und Gemeindesteuern voll abzugsfähig ist. Die Investition in eine Wärmedämmung zur Isolation, durch die weniger geheizt werden muss, wird hingegen nur zu 50 Prozent angerechnet. Gar nicht berücksichtigt werden Installationen von Elektroladestationen. Auch wer in Fotovoltaikanlagen investiert, kann diese bei den Steuern nicht in Abzug bringen. Eine derart restriktive Praxis kennt ausser Luzern nur noch Graubünden.

Nun will der Schenkoner FDP-Kantonsrat Thomas Meier der Regierung Beine machen, die teils aus dem Jahr 2001 stammenden Bestimmungen der Gegenwart anzupassen. Denn für ihn ist klar: Der Ersatz von

Heizkesseln und von Brennern bei Ölheizungen oder allgemeine Unterhaltsarbeiten an fossilen Heizungen sollen von den Steuerbehörden künftig nicht mehr berücksichtigt werden.

Um seinen Vorstoss mehrheitsfähig zu machen, hat Meier Politiker aus allen Parteien um Unterstützung gebeten. Sein Anliegen kommt an: bei Daniel Piazza von der CVP, bei Reto Frank von der SVP, bei Hasan Candan von der SP und bei Urs Brücker von der GLP. Sie alle unterstützen seine Motion. Ob die Grünen dabei sind, ist offen.

Ähnliche Vorstösse fanden bis jetzt wenig Gehör

Trotz breitem Sukkurs ist fraglich, ob der Kantonsrat den jüngsten Vorstoss zu steuerlichen Entlastungen im Energiebereich überweisen wird. Drei Beispiele illustrieren die kritische Haltung von Regierung und Parlamentsmehrheit. Eine Mo-

«Meine Motion würde weder zu Steuerausfällen noch zu Mehreinnahmen führen.»



Thomas Meier
Kantonsrat FDP, Schenkon

tion, in der CVP-Fraktionschef Adrian Nussbaum einen Steuerabzug für Investitionen in energetische Gebäudesanierungen gefordert hatte, wurde erst kürzlich abgelehnt. Auch Nussbaums Parteikollege Jürg Meyer hatte 2015 nur mässigen Erfolg: Der Kantonsrat wandelte seine Motion, in der steuerliche Entlastungen bei Investitionen in Solaranlagen gefordert wurden, in ein unverbindlicheres Postulat um. Gleich erging es Urs Brücker 2011. Die Volksvertreter überwiesen seine Motion, in welcher der Megger Politiker Steuererleichterungen bei Investitionen in die Nutzung erneuerbarer Energien verlangt hatte, nur als Postulat. Thomas Meier ist dennoch zuversichtlich. «Im Unterschied zu allen bisher zu diesem Thema eingereichten Vorstössen verlange ich Ertragsneutralität. Meine Motion würde also weder zu Steuerausfällen noch zu Mehreinnahmen führen.»

Ausserdem dämmere es immer mehr Kantonsräten, dass es in der Klimapolitik mehr Druck auf die Regierung brauche. Die meisten Anliegen würden derzeit mit dem Verweis auf die laufende Vernehmlassung zum Bericht über die künftige Klima- und Energiepolitik abgeblockt. «Ich frage mich, was mit all den in diesem Bericht aufgeführten Vorstössen, die 2019 in der Klimasonderssession überwiesen wurden, passiert», sagt der Chef des Versandhauses Lehner.

Des Wartens auf den Klimabericht überdrüssig

Den Druck auf die Regierung ebenfalls erhöhen will CVP-Kantonsrätin Yvonne Hunkeler – bei der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern. Sie will diesem Anliegen nun mit einer Motion endlich zum Durchbruch verhelfen. Schliesslich ist der Auftrag an die Regierung, Dreckschleudern stärker zu belasten und um-

weltschonende Fahrzeuge steuerlich zu bevorzugen, bereits 15 Jahre alt. Dass er noch nicht umgesetzt ist, kann allerdings nicht alleine der Regierung angelastet werden, denn das Parlament versenkte Vorschläge der Regierung und sorgte so für den immer noch anhaltenden Stau.

Thomas Meier wird Yvonne Hunkelers Motion mitunterzeichnen. Erstens darum, weil ihm das Anliegen sehr wichtig ist. Und zweitens deshalb, weil die Regierung auch bei diesem Thema erst kürzlich, nämlich Ende Dezember 2020, den Kantonsrat in der Antwort auf eine Anfrage Hunkelers auf den Klimabericht vertröstet hat. Die Erarbeitung von Grundlagen für eine Ökologisierung werde dann angegangen, wenn eine Gesamtsicht über den Handlungsbedarf im Klimaschutz vorliege, schrieb die Regierung.

Lukas Nussbaumer